Grossratssession Mai 2011: Bericht der SP-Deputation des Seebezirks

Der Grosse Rat verabschiedet die Rechnung 2010
Zum neunten Mal in Folge weist unser Kanton bei einem Gesamtbudget von 3 Milliarden Franken einen Gewinn aus. Dieser ist mit 4 Millionen Franken jedoch wesentlich tiefer als in den vorangehenden Jahren. Höhere Ausgaben haben sich vor allem bei den Personalkosten in den Bereichen Schule und Gesundheit ergeben. Angesichts der Unsicherheit bezüglich der künftigen Ausschüttungen der Nationalbank, der höheren Gesundheitskosten und der schwer voraussehbaren Steuereinnahmen ist Vorsicht geboten. Mit seiner ausgesprochen jungen Bevölkerung tut der Kanton gut daran, weiterhin stark in die Bildung zu investieren und die Mittel dafür zu sichern. Solange sich unsere Wirtschaft nicht stärker entwickelt, solange nicht weitere Firmen mit hoher Mehrwertabschöpfung angesiedelt werden können, tönen Steuersenkungen, die von der politischen Rechten pausenlos gefordert werden, zwar für jedes Ohr verlockend, wären jedoch unvernünftig. Die finanzielle Situation des Kantons darf nicht darüber hinweg täuschen, dass deren scheinbare Stabilität in der heutigen wirtschaftlichen und politischen Lage durch viele Faktoren schnell ins Wanken geraten kann.

Neue Vertretung des Grossen Rates im Justizrat
Infolge des Ausscheidens des bürgerlichen Mitglieds aus dem Justizrat hat der Grosse Rat als Ersatz mit einer Mehrheit von wenigen Stimmen wiederum ein bürgerliches Mitglied gewählt. Demokratische Grundsätze hätten es erfordert, ein Mitglied der Ratslinken in den Justizrat zu schicken. Da stellt sich einem unweigerlich die Frage, ob das Anliegen des Verfassungsrates, die Richterwahl zu entpolitisieren, mit dem Justizrat tatsächlich umgesetzt werden kann.

Notariatstarife unter der Lupe
Es brauchte die Stimme der Grossratspräsidentin, um dem Staatsrat den Auftrag zu erteilen, einen Bericht über das freiburgische Notariatssystem zu erstellen. Die beiden Urheber des Postulats, Hugo Raemy und Nicolas Rime, stellten fest, dass es enorme Unterschiede bei den Kosten gibt, je nachdem ob das System freiberuflich, wie im Kanton Freiburg, oder vom Staat kontrolliert, wie in den Kantonen Zürich oder St. Gallen, ausgeübt wird. Sie wünschen eine Vergleichsstudie und wollen das für die Bevölkerung des Kantons Freiburg vorteilhafteste System anstreben. Obwohl die CVP beim alten System bleiben möchte, wie auch die FDP, die zusätzlich das „ am liberalsten und am wenigsten staatliche System“ wünscht, ist das Postulat erheblich erklärt worden. Staatsrat Jutzet erklärte, dass dieses Postulat ein guter Anlass sei, um das Gesetz aus dem Jahre 1967 einer längst notwendigen Totalrevision zu unterziehen. Er fragte sich, weshalb sich gewisse Parlamentarier schon gegen einen blossen Bericht sträuben, und gab zu bedenken, dass mit einer Ablehnung der Eindruck entstehen könne, die Notare hätten etwas zu verbergen.

Die SP-Deputation: Hugo Raemy, Ursula Schneider Schüttel, Bernadette Hänni-Fischer